

Bundesweites Netzwerk gegen Agrarfabriken gegründet

Eine neue Welle der Agrarindustrialisierung geht durch Europa und auch durch Deutschland. Während die Käfighaltung ihren Zenit überschritten hat und auch der sogenannte „ausgestaltete“ Käfig angesichts des Boykotts von Verbrauchern und Handelsketten nur noch geringe Chancen hat, suchen Integratoren wie „Wiesenhof“ und Rothkötter immer neue Investoren für neue Hähnchen-Stallanlagen, bauen deutsche und niederländische Schweinebarone riesige Mega-Anlagen.

Gegen diese tierquälerischen und umweltbelastenden Agrarfabriken, die ein Vielfaches an bäuerlichen Arbeitsplätzen vernichten, wehren sich mittlerweile Hunderte von Bürgerinitiativen und zunehmend auch Landwirte, Gemeinden und Landkreise – vor allem im agrarindustriell hochbelasteten Süddoldenburg/Emsland, in Nordrhein-Westfalen, in Ostdeutschland und auch an vielen bisher nicht agrarindustriell betroffenen Standorten.

Bisher kämpfte jede dieser Initiativen weitgehend allein, trotz erster Aktionsbündnisse bspw. in NRW und Sachsen-Anhalt. Eine bundesweite Vernetzung ist dringend angesagt. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) trafen sich nun am 25.9. etwa 30 Bürgerinitiativen in Magdeburg, um eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten, weitere Bündnispartner zu gewinnen und erste gemeinsame Aktionen zu planen.

Unter dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ will das Netzwerk gemeinsam mit Bauern-, Umweltschutz-, Tierschutz-, Kirchen-, Regional-, DritteWelt- sowie gentechnik- und globalisierungskritischen Organisationen zusammenarbeiten. Koordiniert wird das Netzwerk gegen agrarindustrielle Massentierhaltung und Agrarfabriken von der AbL, dem BUND und dem Nutztierschutz-Fachverband PROVIEH sowie von Vertretern von Bürgerinitiativen aus Ost und West.

Bereits für Januar 2010 werden erste bundesweite Aktionen vorbereitet. Sie zielen auf die Verhinderung von Agrarfabriken und eine europaweit tiergerechte und bäuerliche Landwirtschaft, deshalb auch auf neue gesetzliche Regelungen, bessere Einflussmöglichkeiten der Bürgerinitiativen, einen bewussteren Konsum und die Verhinderung von subventionierten Überschuss-Exporten.

„Bundesweit formieren sich zunehmend mehr Bürgerinitiativen gegen die Industrialisierung der Tierhaltung. Von heute an sind sie in einem starken Bündnis organisiert“, so Sprecher der Bürgerinitiative im brandenburgischen Hassleben, Gert Müller. In Hassleben ist eine Schweinehaltung mit rund 70 000 Tierplätzen geplant... -en